



Verband Deutscher Realschullehrer

Bildungspolitische Forderungen des VDR zur Bundestagswahl 2025

Vorbemerkung

Das Scheitern der Ampel-Koalition, aber auch die schwierigen Sondierungs- und Koalitionsgespräche in den ostdeutschen Bundesländern Brandenburg, Thüringen und Sachsen machen deutlich, dass die kommende Bundestagswahl für den zukünftigen Kurs unseres Landes entscheidend ist. Mit Blick auf die vergangenen Wahlen nimmt der Druck von den Parteien, die unsere Demokratie von ganz rechts außen und links außen bekämpfen, deutlich zu. In der aktuellen ungewissen politischen Lage steht auch die Schulbildung stark unter Druck und braucht stabile, langfristige Weichenstellungen. Der VDR steht zum Bildungsföderalismus in Deutschland, stellt aber konkrete Forderungen zur Bundestagswahl auf, um die Bildungspolitik aktiv mitzugestalten und sicherzustellen, dass die Interessen der Schülerinnen und Schüler im Fokus zukünftiger Regierungsarbeit stehen.

Chancengerechtigkeit durch Leistung und Begabungsorientierung

- **Förderung eines leistungs- und begabungsorientierten, differenzierten Bildungssystems**

Forderung: Der VDR fordert eine Bildungslandschaft, die die Gleichwertigkeit der verschiedenen Bildungswege respektiert und die Vorteile der Verbindung von Theorie und Praxis nutzt. So wird eine Grundlage geschaffen, die es jungen Menschen ermöglicht, eine erfüllende berufliche Laufbahn anzustreben, die über verschiedene Schularten erreicht wird.

Begründung: Der VDR ist der Überzeugung, dass schulischer Erfolg und Bildungsqualität untrennbar mit einem differenzierten und leistungsorientierten Ansatz verbunden sind. Um die Qualität von Schulen, Unterricht und Abschlüssen auch künftig sicherzustellen, bedarf es wissenschaftlicher Fundamente, Transparenz sowie attraktiver Rahmenbedingungen mit ausreichender Personal- und Sachausstattung an den Schulen. Ein solches System erkennt die Potenziale sowohl beruflicher als auch akademischer Bildung an und fördert sie gleichermaßen.

- **Verbindliche Grundschulempfehlung**

Forderung: Nur mit einer verbindlichen Grundschulempfehlung können die Realschule und die Schulformen der mittleren Bildung als eigenständige Bildungswege gestärkt werden. So können dort Schülerinnen und Schüler aufgenommen werden, die für den praxisorientierten und zugleich anspruchsvollen Unterricht der Schulart geeignet sind.

Begründung: Eine verbindliche Grundschulempfehlung stellt sicher, dass Schülerinnen und Schüler in eine Schulform wechseln, die am besten zu ihren Fähigkeiten und Interessen passt, und somit das Risiko von Über- oder Unterforderung reduziert wird.

- **Chancengerechtigkeit und Teilhabe an der Gesellschaft: Ausweitung des Startchancen-Programms**

Forderung: Der VDR fordert gezielte Fördermaßnahmen für benachteiligte Schülerinnen und Schüler in sozialen Brennpunkten. Dies kann durch zusätzliche Ressourcen wie Lehrkräfte und sozialpädagogisches Fachpersonal geschehen, aber auch durch die Ausweitung des bestehenden Startchancen-Programms.

Begründung: Unterschiedliche Bildungschancen bleiben eine große Herausforderung in Deutschland. Die finanziellen Mittel müssen stark ausgeweitet werden, um die Anzahl der förderungsberechtigten Schulen deutlich zu erhöhen und das Programm zu verstetigen.

- **Praxisorientierte Bildung und Berufsorientierung**

Forderung: Der VDR fordert, das Engagement für Berufsorientierung an Realschulen und Schulformen der mittleren Bildung zu verstärken, damit junge Menschen eine umfassende, praxisnahe und zukunftsorientierte Bildung erhalten, die ihnen den Weg in ihre berufliche Zukunft erleichtert.

Begründung: Die praxisorientierte Bildung und frühzeitige Berufsorientierung sind zentrale Anliegen der Realschulen und der Schulformen der mittleren Bildung, die Schülerinnen und Schüler gezielt auf den Übergang in Ausbildung oder weitere Bildungswege vorbereiten. Netzwerke wie SCHULEWIRTSCHAFT oder das Berufswahl-Siegel bieten wertvolle Unterstützung, indem sie Schulen mit regionalen Unternehmen, Betrieben und Kammern vernetzen und so praxisnahe Lernmöglichkeiten schaffen. Dieses Netzwerk ermöglicht Kooperationen, die den Schülerinnen und Schülern realistische Einblicke in die Berufswelt und potenzielle Karrieremöglichkeiten bieten.

Arbeitsbedingungen verbessern: Anerkennung, Wertschätzung und Strukturen für Lehrkräfte

- **Beamtenstatus für Lehrkräfte**

Forderung: Der VDR fordert, unverändert am Beamtenstatus für Lehrkräfte festzuhalten.

Begründung: Der Beamtenstatus für Lehrkräfte sichert die Attraktivität des Berufs und gewährleistet langfristig eine stabile und gut qualifizierte Lehrerschaft. Dieser Status bietet nicht nur eine finanzielle und berufliche Sicherheit, sondern auch die notwendige Unabhängigkeit. Durch den Beamtenstatus können Lehrkräfte ohne politische oder wirtschaftliche Einflussnahme agieren, was besonders im Hinblick auf die Neutralität und Unparteilichkeit der schulischen Bildung von Bedeutung ist. Zudem hilft der Beamtenstatus, dem Lehrkräftemangel entgegenzuwirken, indem er den Beruf für Nachwuchskräfte attraktiver gestaltet und qualifizierte Lehrkräfte im System hält.

- **Reduzierung der allgemeinen Unterrichtsverpflichtung für alle Lehrkräfte**

Forderung: Der VDR fordert eine Reduzierung der allgemeinen Unterrichtsverpflichtung für alle Lehrkräfte. Dies bietet den Lehrkräften mehr Zeit für pädagogische Vor- und Nachbereitung und individuelle Förderung der Schülerinnen und Schüler. Zudem wirkt sie der steigenden physischen und psychischen Belastung entgegen, was langfristig krankheitsbedingte Ausfälle und vorzeitiges Ausscheiden aus dem Beruf vermindern könnte.

Begründung: Die Anforderungen an Lehrkräfte haben sich in den letzten Jahren stark verändert. Durch die Notwendigkeit des inklusiven Umgangs mit Heterogenität, dem damit verbundenen verstärkten Austausch mit Kolleginnen und Kollegen und der entsprechenden Dokumentation sind die Aufgaben und Belastungen stark gestiegen.

- **Wirksame Instrumente zur Behebung des Lehrkräftemangels**

Forderung: Der VDR fordert, gezielte Einstellungsinitiativen umzusetzen und ein Anreizsystem zu schaffen, um den Beruf der Lehrkraft attraktiver zu gestalten. Maßnahmen könnten die Schaffung zusätzlicher Studienplätze, bessere Arbeitsbedingungen, attraktive Vergütung und Quereinsteigerprogramme umfassen.

Begründung: Der Lehrkräftemangel stellt ein erhebliches Problem für die Unterrichtsqualität dar und es gilt alles zu tun, um den Mangel an Lehrkräften bei Beibehaltung von Qualitätsstandards auszugleichen.

- **Qualitätsvolle Lehrkräfteausbildung beibehalten**

Forderung: Ein duales Lehramtsstudium als aktuelles Mittel der Mangelverwaltung lehnt der VDR ab, da Fragen der qualitätsvollen Ausbildung, der Abwertung des regulären Studiums, Fragen des Referendariats und wichtige Fragen der gegenseitigen Anerkennung in den Bundesländern noch nicht geklärt sind.

- **Stärkung der zweiten Phase der Lehrerbildung durch ein 24-monatiges Referendariat**

Forderung: Eine qualitativ hochwertige Lehrerbildung ist entscheidend für den langfristigen Bildungserfolg der Schülerinnen und Schüler und die Sicherstellung eines hohen pädagogischen Standards an den Schulen.

Begründung: Die Qualität des Unterrichts hängt maßgeblich von der fundierten Ausbildung der Lehrkräfte ab. Ein 24-monatiges Referendariat gewährleistet, dass angehende Lehrkräfte ausreichend Zeit und Praxiserfahrung erhalten, um ihre pädagogischen, methodischen und didaktischen Kompetenzen zu entwickeln. Die Ausbildungszeit ermöglicht eine intensivere Begleitung durch erfahrene Seminarlehrkräfte, wodurch die Lehrkräfte besser auf die vielfältigen Anforderungen des Berufs vorbereitet werden.

Unterstützung schaffen

- **Einsatz von Schulsozialarbeitern und weiterem pädagogischen Personal in ausreichender Anzahl**

Forderung: Ein ausreichender Einsatz von Schulsozialarbeitern und weiterem pädagogischen Personal trägt dazu bei, den effektiven Unterricht zu sichern und die Belastung der Lehrkräfte zu mindern.

Begründung: Durch die gestiegene Heterogenität und das höhere Konfliktpotenzial an Schulen sind Schulsozialarbeiterinnen und Schulsozialarbeiter sowie weiteres pädagogisches Personal unverzichtbar. Sie leisten einen wichtigen Beitrag zur Prävention und Bewältigung von Konflikten, unterstützen Schülerinnen und Schüler mit sozialen und emotionalen Problemen und entlasten die Lehrkräfte.

- **Psychische Gesundheit und Resilienzförderung sowie Ausbau des schulpsychologischen Dienstes**

Forderung: Der VDR fordert, die Kapazitäten der schulpsychologischen Unterstützungskräfte auszubauen, um zeitnahe und kompetente Unterstützung sicherzustellen und Lehrkräfte zu entlasten. Weiter fordert der VDR Resilienz- und Stressmanagement-Programme für die gesamte Schulfamilie auszuweiten und einen niedrigschwelligen Zugang zu gewährleisten.

Begründung: Psychische Belastungen und Verhaltensauffälligkeiten nehmen an Schulen zu. Der schulpsychologische Dienst spielt eine zentrale Rolle bei der Unterstützung von Schülerinnen und Schülern sowie Lehrkräften im Umgang mit diesen Herausforderungen.

Schule sinnvoll entwickeln

- **Digitale Bildung und Infrastruktur: Verstetigung der Mittel beim Digitalpakt**

Forderung: Der VDR fordert eine langfristige Verstetigung der Mittel des Digitalpakts. Bund und Länder sind gleichermaßen gefordert, die digitale Ausstattung der Schulen bereitzustellen und die Vor-Ort-Administration der IT-Systeme durch außerschulische Systembetreuer voranzutreiben.

Begründung: Der Digitalpakt Schule hat wichtige Grundlagen für die Digitalisierung an Schulen geschaffen. Die Fortführung des Digitalpakts ist wichtig, um die digitale Ausstattung kontinuierlich zu aktualisieren und den Anschluss an technologische Entwicklungen zu halten. Schulen müssen flächendeckend digital gut ausgestattet sein, um Schülerinnen und Schüler bestmöglich auf eine vernetzte Welt vorzubereiten.

- **Bürokratieabbau**

Forderung: Der VDR fordert, den Bürokratieabbau an Schulen schnellstmöglich voranzutreiben, damit sich die Lehrkräfte auf ihre Kernkompetenz Erziehung und Unterricht konzentrieren können.

Begründung: Der zeitliche Aufwand für Verwaltungstätigkeiten und Dokumentationen sowie für die schriftliche Umsetzung von Konzepten an Schulen ist in den vergangenen Jahren extrem gestiegen. Dies geht zu Lasten der Zeit für die pädagogische Arbeit mit den Schülerinnen und Schülern.

- **Schaffung von Freiräumen bei Schulentwicklung und Profilbildung**

Forderung: Der VDR fordert mehr Eigenverantwortung für Schulen, um Schulentwicklung und Profilbildung bedarfsgerecht voranzutreiben und den Erfolg auf dem Bildungsmarkt zu sichern.

Begründung: Schulen benötigen Freiräume, um ihre Qualitäten zu entwickeln und individuelle Profile gemäß den regionalen Gegebenheiten zu bilden. Diese Freiräume ermöglichen es den Schulen, sich an die spezifischen Bedürfnisse ihrer Schülerinnen und Schüler anzupassen und innovative Bildungsangebote zu gestalten.

- **Reduktion der von Schulen umzusetzenden Konzepte**

Forderung: Der VDR fordert, dass sich die Schulen auf die Kernkompetenz Unterricht konzentrieren können. Für landes- und/oder bundesweite Konzepte, die den Schulen immer wieder zur Umsetzung aufgetragen werden, sollen Vorlagen, Umsetzungsbeispiele und finanzielle Unterstützung zur Verfügung gestellt werden.

Begründung: Die Vielzahl an verpflichtenden Konzepten, die Schulen umsetzen müssen, bindet wertvolle Zeit und Ressourcen. Eine Reduktion dieser Anforderungen würde den Fokus stärker auf die pädagogische Arbeit und den direkten Kontakt zu den Schülerinnen und Schülern lenken. Lehrkräfte könnten dadurch mehr Zeit für den Unterricht und die individuelle Förderung der Schülerinnen und Schüler gewinnen.

Migration, Integration & Inklusion

- **Intensivierung der Maßnahmen zum Erlernen der deutschen Sprache**

Forderung: Der VDR fordert verstärkte Sprachfördermaßnahmen an Schulen, um das Lernen für alle Schülerinnen und Schüler zu erleichtern und die Effektivität von Unterricht zu verbessern.

Begründung: Das sichere Beherrschen der deutschen Sprache ist die Grundlage für den schulischen und beruflichen Erfolg sowie die gesellschaftliche Teilhabe aller Schülerinnen und Schüler. Der VDR fordert daher, dass Maßnahmen zur Förderung der deutschen Sprache – wie Intensivkurse, Sprachförderprogramme und individuelle Sprachförderung für nichtdeutschsprachige Schülerinnen und Schüler – deutlich gestärkt und intensiviert werden. Besonders an den Schulen der mittleren Bildung, die gezielt auf berufliche Ausbildung oder weitere Bildungswege vorbereiten, ist die Beherrschung der Unterrichtssprache Deutsch essenziell, um den Anforderungen in allen Fächern gerecht zu werden. Zudem ermöglicht eine gute Sprachkompetenz den Schülerinnen und Schülern, am schulischen Leben und an sozialen Interaktionen aktiv teilzunehmen, was wiederum die Integration und das Gemeinschaftsgefühl stärkt. Eine gezielte Sprachförderung unterstützt auch die Lehrkräfte, da Sprachbarrieren oft zu Verständnisproblemen und zusätzlichen Herausforderungen im Unterricht führen.

- **Sprachkurse für Deutsch vor der Integration in die Regelklasse**

Forderung: Der VDR fordert, dass Schülerinnen und Schüler erst dann in die Regelklassen integriert werden, wenn sie ein angemessenes Mindestsprachniveau besitzen.

Begründung: Die erfolgreiche Teilnahme am Unterricht erfordert ein Mindestmaß an sprachlichen Kenntnissen. Dies muss zunächst gewährleistet sein.

- **Förderung interkultureller Kompetenzen**

Forderung: Der VDR fordert mehr Ressourcen zur Förderung dieser Kompetenzen, etwa durch spezielle Fortbildungen für Lehrkräfte und den Einsatz von Fachkräften für Sprachförderung und soziale Integration.

Begründung: Die Vielfalt in den Klassenzimmern erfordert interkulturelle Kompetenzen. Eine solche Förderung stärkt das Miteinander und den Zusammenhalt in der Schulgemeinschaft.

- **Umsetzung der Inklusion braucht mehr Unterstützung, aber auch Förderschulen**

Forderung: Der VDR fordert für die erfolgreiche Umsetzung der Inklusion und für die Bewältigung von spezifischen Herausforderungen für die Regelschulen mehr Unterstützung. Dies erfordert zusätzliche personelle und materielle Ressourcen sowie gezielte Fortbildungen für Lehrkräfte, um den individuellen Förderbedarfen in den Klassenzimmern gerecht zu werden. Darüber hinaus fordert der VDR den Erhalt der Förderschulen, da sie spezialisierte Ressourcen und Betreuung für Schülerinnen und Schüler mit besonderen Bedarfen bieten. Gleichzeitig benötigen Regelschulen mehr Unterstützung, um die Inklusion erfolgreich umzusetzen und die spezifischen Herausforderungen zu meistern.

Begründung: Die Inklusion stellt ein zentrales Ziel der Bildungspolitik dar, um allen Kindern und Jugendlichen bestmögliche Bildungs- und Teilhabechancen zu bieten. Die Wahlfreiheit

der Eltern, den optimalen Förderort zu bestimmen, ermöglicht eine passgenaue Unterstützung entsprechend den individuellen Bedürfnissen der Kinder.

Unterricht und Unterrichtsentwicklung

- **Stärkung der politischen Bildung und Demokratiebildung**

Forderung: Der VDR fordert, politische Bildung und Demokratiebildung stärker im Schulalltag zu verankern, etwa durch regelmäßige Unterrichtseinheiten, Projekte und Debatten zu aktuellen politischen Themen. Die Prinzipien des „Beutelsbacher Konsenses“ gewährleisten eine pluralistische Vermittlung politischer Inhalte, die Schülerinnen und Schüler dabei unterstützt, sich eine eigene Meinung zu bilden und verschiedene Perspektiven zu verstehen. Diese Stärkung der Demokratiekompetenzen hilft jungen Menschen, kritisch und reflektiert mit gesellschaftlichen Themen umzugehen, Extremismus zu erkennen und ein wertschätzendes Miteinander zu pflegen. Eine ausgeprägte politische Bildung schafft das Fundament für mündige Bürgerinnen und Bürger, die aktiv und informiert am demokratischen Leben teilnehmen können.

Begründung: Angesichts aktueller gesellschaftlicher Herausforderungen, wie zunehmender Polarisierung und wachsendem Populismus, ist eine fundierte politische Bildung für junge Menschen entscheidend. Politische Bildung und Demokratiebildung in der Schule fördern das Verständnis für demokratische Werte, Menschenrechte und gesellschaftliche Verantwortung.

- **Nationale Bildungsstrategie für ökonomische und finanzielle Bildung**

Forderung: Der VDR fordert, ökonomische Bildung verpflichtend in den Lehrplänen, idealerweise in einem eigenständigen Fach Wirtschaft, zu verankern. Darüber hinaus soll Deutschland wie verschiedene europäische Nachbarstaaten beim kommenden PISA-Test auch am PISA-Modul für finanzielle Bildung teilnehmen.

Begründung: Die zunehmende Bedeutung von Wirtschafts- und Finanzbildung zeigt sich in Studien wie der Shell-Jugendstudie 2024, die auf Ängste junger Menschen hinsichtlich ihrer wirtschaftlichen Zukunft hinweist. 81 % der Jugendlichen haben Angst vor Krieg in Europa – sehr verständlich, angesichts des Krieges in der Ukraine. Doch schon an zweiter Stelle kommen Sorgen um die wirtschaftliche Entwicklung und Armut (67 %). Schülerinnen und Schüler sollten in der Lage sein, grundlegende Finanzentscheidungen zu treffen, um wirtschaftliche Eigenständigkeit zu erreichen und souverän mit Themen wie Altersvorsorge, Geldanlagen und Investitionen umzugehen.



Verband Deutscher Realschullehrer



VDR
Senioren